

Grotewohl droht mit dem SSD

Wollweber rüstet für die nächste Phase der SED-Politik

In seiner jüngsten Rede über Genf drohte der sowjetzonale Regierungschef Grotewohl erstmals nach langer Zeit wieder offen mit innenpolitischen Aktionen des SSD. Seine Rede stand im Zusammenhang mit der gleichzeitigen Erklärung des SED-Zentralkomitees, laut der die Sowjetzone nunmehr endgültig die Anpassung an die Volksdemokratien vollziehen soll. Die für kommenden März angesagte III. SED-Parteikonferenz wird — das wurde offen ausgesprochen — jene politische Entwicklung weiterführen, die nur durch den Juni-Aufstand 1953 gestoppt werden konnte. Einer nochmaligen Behinderung dieser Politik durch eine rebellierende Bevölkerung tritt die Drohung mit dem SSD entgegen.

Das „Staatssekretariat für Staatssicherheit“, das mit seinem Chef Wollweber dem Innenministerium untersteht, verfügt zur Zeit über etwa 8000 im Stellenplan erfaßte Offiziere und Unteroffiziere. Dazu kommen rund 4500 Verbindungsleute in KVP und Volkspolizei sowie — diese Zahl kann nur geschätzt werden — vielleicht 60 000 „Geheime Mitarbeiter“.

Die Organisation des SSD ließe sich am besten mit einem Spinnennetz vergleichen. Das Staatssekretariat unterhält wie alle Verwaltungen seine Bezirks- und Kreisdienststellen sowie einen vereidigten Verbindungs- mann auf jedem größeren Polizeirevier.

Selten höhere Stellungen

Versuchte jemand auf seinem örtlichen Revier eine nur den Staatssicherheitsdienst interessierende Mitteilung zu machen, wird er zumeist feststellen, daß er vom Reviervorsteher sofort an einen ganz unscheinbaren Wachtmeister verwiesen wird, der die Sache behandelt, nachdem er seinen Chef höflich aus dem Raum gewiesen hat. Denn das ist das für den SSD Typische: Seine Angehörigen nehmen selten höhere Stellungen ein. In den Ministerien und Verwaltungen sitzen sie als Personalreferenten, in den Großbetrieben gehören sie ohne ersichtlichen Auftrag zur EGL. In den

Organisationen findet man sie als Kaderleiter und nur bei der Armee und ganz wenigen Staatsstellen firmieren sie als Beauftragte der „Staatssicherheit“.

Für den einzelnen gefährlicher sind die Zehntausende kleiner Zuträger: Das beginnt beim Straßenvertrauensmann und hört im Betrieb beim Wandzeitungsredakteur auf. Hier liegen die Beobachtungszentren des SSD. Die „Geheimen Mitarbeiter“ erhalten noch direkte Aufträge, oft gegen ihren eigenen Chef. Dabei ist es falsch, nun jeden denunzierenden Hausvertrauensmann oder FDJ-Funktionär als „SSD-Mann“ zu titulieren. Sie erfüllen nur eine „Pflicht“, die aus ihrer „gesellschaftlichen Funktion“ resultiert.

Verfassung bietet Rückhalt

Seit einigen Wochen tritt der SSD aus seiner bisherigen Tarnung heraus. Leute, die bisher nur selten als SSD-Angehörige erkannt wurden, geben sich auf Haus- und Betriebsversammlungen offen als solche aus. Der SSD unterstreicht seine „Legalität“. Wer sich davon täuschen läßt, weil er nun „die Gefahr“ kennt, wird rasch zum Opfer der „geheimen Mitarbeiter“, die seit der gleichen Zeit Verbot haben, sich in der Öffentlichkeit mit SSD-Angehörigen zu treffen. Das Spinnennetz wird eng-

maschiger und dichter, nur die Spinne selbst hat sich offen ihren künftigen Opfern gezeigt.

Die kommende politische Entwicklung vergrößert die Gefahr, mit dem SSD zusammenzugeraten. Dazu muß man wissen: Alle SSD-Leute haben Anweisung, künftig ihre Arbeit unter Berücksichtigung der Verfassung durchzuführen. Das heißt: Der Verhaftete oder dessen Angehörige können ohne Gefahr innerhalb 24 Stunden einen Haftbefehl fordern, der den Verfassungsgrund enthält. Haussuchungen erfordern einen richterlichen Durchsuchungsbefehl.

„Sprechstunden“ der Hauptamtlichen

Und eine weitere Möglichkeit: Die aus ihrer Tarnung heraus tretenden „Hauptamtlichen“ halten in den kommenden Monaten regelrechte Sprechstunden für Einwohner und Betriebsarbeiter ab. In der Hoffnung, hier Denunzianten zu gewinnen. Wer sich nun offenkundig bespitzelt weiß, biete dem die Stirn, indem er selbst zum SSD-„Sprechstundenmann“ geht und Beschwerde führt: „Ich bin ein Bürger dieses Staates und werde von diesem und jenem SED-Funktionär unter Andeutung dieser und jener Dinge bedroht!“ In vielen — praktisch erprobten Fällen wirkt dies Wunder. Der zu plump vorgegangene Spitzel wird zurückgepöfien und der Bespitzelte ist fürs erste vor Überraschungen sicher.

Jeder begegne darum auf seine Art der kommenden SSD-Aktivität: die „kleinen“ Agenten ausmachen und sich gegenüber den „großen“ zu sichern. Immer die Verfassung heranziehen und sich vor Augen halten, daß ein erkannter Gegner nur ein halber Gegner ist.

Hier heißt es nur: **Niemals!**

DT. In den heißen Genfer Diskussionen um die Deutschlandfrage wurde unter dem Druck des Westens nahezu der Punkt erreicht, an dem Molotow nur noch erklären könnte, daß Moskau die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit einfach nicht will. Man konnte es spüren, wie der sowjetische Außenminister — bis hart an den Rand dieses Eingeständnisses getrieben — nach Luft und passenden Worten rang. Die Verlegenheit der sowjetischen Position, die aus dem Kontrast öffentlicher Worte und verborgener Gedanken entspringt, wurde deutlicher sichtbar als jemals zuvor. Was Molotow in Wirklichkeit erstrebt, das kann er nicht offen sagen, weil dann die ganze Politik des „sowjetischen Lächelns“ enthüllt und kompromittiert wäre. Deshalb bewegt er sich weiter in einer Welt des Scheins, in der seine Worte doppelsinnig und voller Widersprüche sind.

Mit Logik, die doch auch die diplomatische Argumentation beherrschen sollte, hatten seine Reden nichts mehr zu tun. Alles geht vielmehr kunterbunt durcheinander. Keine entgegenkommende Feststellung, der nicht eine Einschränkung folgt! Keine positive These, die nicht sofort durch ein „Aber“ wieder aufgehoben und aufgelöst wird! „Wir sind für ein wiedervereinigtes Deutschland und für freie deutsche Wahlen“, sagte Molotow; aber freie Wahlen seien auch gefährlich, sie könnten unter den heute gegebenen Bedingungen nicht stattfinden, und außerdem seien Wahlen mit Einheitslisten vielleicht schöner, wie die Macht der Sowjetunion und die Blüte der DDR erkennen ließen. Oder: „Man soll der Deutschen Bundesrepublik etwas Unannehmbares nicht aufzwingen, man darf aber das gleiche ebenfalls nicht in bezug auf die Deutsche Demokratische Republik tun.“ So spricht Molotow, ohne auch nur zu bedenken, daß weder der einen noch der anderen Republik irgend etwas

Unannehmbares aufgezwungen werden soll, sondern daß beide aus dem Willen einer sicher über 90 Prozent hinausreichenden Volksmehrheit neu zu einer Einheit gestaltet werden sollen.

Wer eigentlich zwingt hier wen, und was wird aufgezwungen? Wenn Molotow meinen sollte, daß die Bevölkerung der Zone in gesamtdeutschen freien Wahlen „bezwungen“ und „überwältigt“ werden könnte, dann gibt es auch hier eine ausgezeichnete Sicherung. Moskau braucht dann nur in wirklich freien Wahlen zunächst einmal die Zone selbst über ihr Parlament und ihre Regierung bestimmen zu lassen — um allerdings zu sehen, daß sie sich von dem „Unannehmbaren“ frei machen wird, das ihr seit zehn Jahren aufgezwungen ist. Tatsächlich will Moskau dem wiedervereinigten Deutschland gegen den Willen seines Volkes das gleiche aufzwingen; nämlich kommunistische Ideen, Einrichtungen und Einflüsse, die in ganz Deutschland leidenschaftlich abgelehnt werden.

Das jedenfalls ist die Klärung, die in Genf, falls die Haltung Moskaus sich nicht noch ändern sollte, erzielt worden ist: Moskau will heute einer Wiedervereinigung Deutschlands nur unter solchen Bedingungen zustimmen, die einigermaßen die Gewähr dafür bieten, daß ganz Deutschland zunächst in den Sog, dann unter den Einfluß und schließlich unter die Herrschaft des Kommunismus gerät. Wir können uns mit Moskau schließlich über alle militärischen Aspekte eines europäischen Sicherheitspaktes verständigen, den Moskau als eine Voraussetzung der Wiedervereinigung bezeichnet. **Niemals** aber kann und wird die Verständigung über eine Regelung möglich sein, die das wiedervereinigte Deutschland auch nur in die Gefahr der Bolschewisierung bringt. **Niemals!** Hier gibt es nur schärfste Ablehnung und härtesten Kampf um unsere Selbstbehauptung.

Das eiserne Junktim

In dieser Situation haben die Westmächte — wenn Moskau nicht doch noch, wie wir hoffen, zu realistischeren Vorschlägen einlenken sollte — nur die Mög-

lichkeit, ein Zweifaches zu tun. Sie müssen auf der Genfer Konferenz bestrebt sein, in der Frage des Sicherheitspaktes wirklich bis an die äußerste Grenze einer Lösung zu gehen, die unter dem Gesichtspunkt des militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland vertretbar ist. Je stärker sich ihre Bereitschaft in dieser Richtung entwickelt, um so größer ist der Druck auf die sowjetische Politik, ihre in der Frage der Wiedervereinigung unhaltbare Position zu korrigieren. Die entscheidende Frage wurde an Molotow selbst noch nicht gestellt; aber sie wurde von einem seiner Pankower Funktionäre mit der Feststellung beantwortet, daß auch ein deutsches Ausschneiden aus der NATO die Wiedervereinigung noch nicht ermöglichen würde. Das möchten wir gerne — nur zu unserer Orientierung — von Molotow selbst hören.

Die Westmächte müssen zweitens unerbittlich auf dem Standpunkt beharren, daß der Sicherheitspakt nur in Kraft treten kann, wenn zugleich die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen erfolgt. Jeder Versuch, dieses wirklich eiserne Junktim zu lösen und „Entspannungspolitik“ auf der unfriedlichen Basis des Status quo zu betreiben, wäre in den weiteren Konsequenzen eine Gefährdung der Freiheit Deutschlands und Europas.

Deutsche Folgerungen

In höherem Maße aber sind die Deutschen selbst, ganz gleich ob sie in der Bundesrepublik oder in der sowjetischen Besatzungszone wohnen, verpflichtet, einem sowjetischen Versuch der Bolschewisierung Gesamtdeutschlands den äußersten Widerstand entgegenzusetzen. Die Folgerungen, die wir in diesem Falle zu ziehen haben, sind militärischer und vor allem moralischer Art. Zunächst müssen wir gemeinsam mit unseren europäischen und atlantischen Freunden auf unsere Sicherheit bedacht sein. Schneller, als es bisher geschieht, muß das zurückgewonnene Verteidigungsrecht auch wirksam gemacht werden.

Wichtiger aber sind die mora-
(Fortsetzung nächste Seite)

Gerstenmaier für kleineren Bundestag

Sein Vorschlag: Statt 509 nur 363 Abgeordnete

Freudenstadt (DPA). Bundestagspräsident Gerstenmaier sprach sich in Freudenstadt für eine Verkleinerung des Bundestags aus. Er schlug vor, die Zahl der Bundestagsabgeordneten von bisher 509 auf 363 zu beschränken.

Dazu sollten noch etwa 15 bis 17 Vertreter aus Berlin kommen, so daß der Bundestag nicht mehr als 380 Mitglieder hat.

Bei seinem Vorschlag gehe er davon aus, daß das Bundesgebiet in 242 Wahlkreise eingeteilt bleibe, in denen je ein Abgeordneter direkt gewählt wird. Der Rest solle über Listen ins Parlament kommen. Unter einer Reduzierung würde das Parlament nicht leiden, sondern funktionsfähiger und „schnittiger“ werden.

Gerstenmaier sagte ferner, der bisherige Verlauf der Genfer Konferenz lasse nur den Schluß zu, daß die Sowjets den Begriff der Koexistenz nun auch nach außen hin aufgeben und dafür in Mitteleuropa sowjetische Verhältnisse erreichen wollen. Die von Pankow zweifellos im Auf-

trag Molotows abgegebene Erklärung, daß nicht die Neutralität, sondern die Wahrung der „Errungenschaften“ der Sowjetzone Voraussetzung für die Wiedervereinigung sein soll, zeige das mit geradezu sensationeller Deutlichkeit.

Bekennnis zur Einheitsgewerkschaft

Tagung der christlich-demokratischen Sozialausschüsse

Königswinter (Eigenbericht/DPA). Mit einem Bekenntnis zu den echten Einheitsgewerkschaften beendete der Vorstand der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft in Königswinter eine Tagung, die vor allem der Stellungnahme zu den Auseinandersetzungen um die Einheitsgewerkschaft diente. Die Tagung fand unter dem Vorsitz von Jakob Kaiser und in Anwesenheit von Karl Arnold und Anton Storch im Adam-Stegerwald-Haus statt.

Der Vorstand gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß echte Einheitsgewerkschaften im Interesse der Arbeitnehmerschaft und des ganzen deutschen Volkes liegen. Ihre Verwirklichung bedürfe der entschiedenen Mitarbeit der gesamten christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund.

Konrad Adenauers erster Spaziergang

Bonn (AP). Bundeskanzler Adenauer hat zum erstmalig seit seiner Erkrankung vor vier Wochen einen kurzen Spaziergang in seinem Garten in Rhöndorf unternommen. Wie mitgeteilt wurde, wird der Kanzler bei gutem Wetter jetzt täglich einen Spaziergang machen können.

In einem vom Vorstand herausgegebenen Kommuniqué heißt es: „Die Bemühungen der Sozialausschüsse waren stets darauf gerichtet, der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft die ihr zukommende Stellung innerhalb des DGB zu sichern, damit die grundsätzliche und praktische Mitarbeit von ihr mitgetragen und mitverantwortet werden konnte.“

In einem Schreiben an Jakob Kaiser schlägt der DGB-Vorsitzende Walter Freitag vor, daß ein bereits unter Hans Böckler gebildeter Ausschuß sich erneut konstituieren soll. Seine Aufgabe ist die Erörterung entscheidender grundsätzlicher und praktischer Fragen der Gewerkschaftsarbeit. An erster Stelle soll in diesem Ausschuß der Minderheitenschutz innerhalb des DGB behandelt werden. Die christlich-soziale Arbeitnehmerschaft soll in diesen Ausschuß sieben Vertreter entsenden.

Für Aufbau des Reichstags

Berlin (Eigenmeldung). Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Brandt, hat sich über den Rundfunk für den Aufbau des Reichstages sowie für die Gestaltung eines künftigen Regierungsviertels in Berlin eingesetzt. Wie Brandt erklärte, liegt dem Bundestag ein interfraktioneller, von Vertretern verschiedener Parteien eingebrachter Antrag vor,;

(Fortsetzung von Seite 2)

lischen Folgerungen. Der Plan Moskaus beruht auf dem sowjetischen Überfluß an Zeit: Der Kream möchte die Frage der Wiedervereinigung aufschieben, bis Westdeutschland so „aufgeweicht“ ist, daß es resigniert und schließlich kapituliert. Man spekuliert auf Zeitgewinn für diesen Aufweichungsprozeß. In seinem Dienst steht alles, was Moskau plant und unternimmt — vom Gesamtdeutschen Rat bis zu der Mission Sorins, der mit seinen Prager Erfahrungen die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik wahrnehmen soll.

Es ist also notwendig, dem starken Druck der sowjetischen Politik auf den deutschen Freiheits- und Selbstbehauptungswillen eine ebenso starke politische Moral entgegenzusetzen, die gegenüber den Verführungskünsten des sowjetischen Lächelns immun ist. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die geistige und politische Auseinandersetzung mit dem Kommu-

nismus in der Bundesrepublik nicht etwa zu Ende geht, sondern eigentlich erst recht beginnt. Wir müssen uns bewußt sein, daß die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Moskau nur ein formaler Akt ist, der weder eine echte Normalisierung bedeutet, noch die gesamtdeutsche Front gegen eine kommunistische Überfremdung auch nur im geringsten schwächen darf. Wir müssen in der Wertung übereinstimmen, daß jeder, der „weich“ wird, ein Helfer der kommunistischen Unterwerfung Deutschlands ist, und daß nur die harte Selbstbehauptung uns schließlich ans Ziel bringt.

Die Deutschen der Zone, die das bei weitem schwerste Opfer bringen, werden das am besten begreifen. Ihre Befreiung von den kommunistischen „Errungenschaften“ kommt nämlich nur aus dem ganz sturen Willen der Bundesrepublik, nicht auch noch unfrei zu werden.

Warum kommen keine Heimkehrer?

Spekulationen über das Ausbleiben der Transporte

Berlin (Eigenbericht/AP/DPA). Die schon seit einigen Tagen in politischen Kreisen geäußerten Bedenken, zwischen dem Ausbleiben weiterer Heimkehrertransporte und den sich in die Länge ziehenden deutsch-sowjetischen Verhandlungen wegen des Botschafteraustausches könnten Zusammenhänge bestehen, scheinen sich zu erklären. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch der Wunsch Moskaus, den stellvertretenden Außenminister Sorin als Botschafter nach Bonn zu entsenden, hierbei eine Rolle spielt.

Bei einem Empfang in der abessinischen Gesandtschaft in Moskau bestätigte Sorin, daß er zum ersten sowjetischen Botschafter in Bonn ernannt worden sei. Als er auf die in Kreisen westlicher Diplomaten und Beobachter in Moskau zirkulierenden Gerüchte angesprochen wurde, daß die deutsche Bundesregierung ihn als „zu politisch“ nicht akzeptieren wolle, antwortete Sorin, daß er von solchen Gerüchten nichts gehört habe!

„Keinen politischen Charakter“

Bundesaußenminister v. Brentano sagte vor der Presse in Bonn, eine Entscheidung über das Agreement für den vorgeschlagenen sowjetischen Botschafter Sorin sei von der Bundesregierung bisher nicht gefällt worden. Zu anderslautenden Befürchtungen aus Moskau meinte Brentano: „Sorin ist von der Sowjetregierung wohl ernannt worden.“ Hinsichtlich des Ausbleibens neuer Heimkehrertransporte betonte der Außenminister, es bestehe kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß die sowjetischen Staatsmänner ihr feierlich

gegebenes Ehrenwort einhalten. Er sei der festen Überzeugung, daß die Pause in den Heimkehrertransporten keinen politischen Charakter habe.

Inzwischen wurde Botschafter v. Maltzan vom Auswärtigen

Amt beauftragt, bei seinen Pariser Besprechungen über den Botschafteraustausch nach dem Fortgang der Entlassungsaktion zu fragen. Bei der nächsten Gelegenheit wird er die Anfrage vorbringen. Bisher ging von sowjetischer Seite noch keine Antwort auf die Demarche der Bundesregierung wegen des Ausbleibens der Heimkehrertransporte ein.

Von der „Zürcher Tat“ wurde die Vermutung ausgesprochen, daß zwischen der Unterbrechung der Heimkehrertransporte und angeblichen Bonner Einwänden gegen Sorin Zusammenhänge bestehen.

Christliche Eltern unter Druck

Christenlehre in der Zone stark behindert

Berlin (Eigenmeldung). Zum erstenmal ist es jetzt an mehreren Schulen in der Sowjetzone den evangelischen Katechetten verweigert worden, Fragezettel zu sammeln, auf denen die Eltern der Neueingeschulten mitteilen, ob ihr Kind an der Christenlehre teilnehmen soll oder nicht.

Begründet wurden diese Maßnahmen von den Schulleitern damit, daß religiöse Propaganda auf dem Schulgelände verboten sei. In einzelnen Fällen wurde den Katecheten das Betreten des Schulgebäudes untersagt. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß sie die Zettel auf der Straße vor dem Tor der Schule einsammeln könnten.

Durch diese Maßnahme ist eine übersichtliche Erfassung der Kinder zum Religionsunterricht sehr erschwert. In der Regel nehmen an den sowjetzonalen Schulen mehr als zwei Drittel der Kinder einer Klasse an der Christenlehre teil.

Zwangsmaßnahmen zur Propagierung der Jugendweihe wurden in anderen Fällen angewandt. Eltern erhielten in den Betrieben bessere, höher bezahlte Arbeitsplätze angeboten, und nach einiger Zeit wurden sie aufgefordert, ihr Kind zur Jugendweihe anzumelden.

Westhäfen verboten

Rostock (DPA). Auch in bisher genehmigten Ausnahmefällen, bei plötzlicher Erkrankung oder bei Maschinenhavarie, ist es den Kapitänen aller vom Fischkombinat Rostock eingesetzten 35 Logger und 15 Trawler zukünftig nicht mehr erlaubt, westliche Häfen anzulaufen. Einen entsprechenden Befehl hat die Einsatzleitung des Fischkombinats Rostock herausgegeben.

Zweites Ökumenetreffen

Berlin (Eigenmeldung). Beim Landesauschuß Berlin-Brandenburg des Deutschen Evangelischen Kirchentages findet in dieser Woche im Kasino des Evangelischen Hilfswerks, Zehlendorf, das zweite Ökumenetreffen statt.

Mendès schiebt sich nach vorn

Jetzt Chef der Radikalsozialisten

Paris (DPA). Der ehemalige französische Ministerpräsident Mendès-France ist zum ersten Vizepräsidenten der Radikalsozialistischen Partei gewählt worden.

Ihm wurde damit die eigentliche Führung der Partei übertragen, da der greise Parteivorsitzende Herriot sich nicht mehr aktiv betätigen wird. Mendès-France, ein scharfer Gegner des Ministerpräsidenten Faure (ebenfalls Radikalsozialistische Partei), legte ein Reformprogramm für Algerien vor. Der Plan zielt im wesentlichen darauf ab, die

Algerier nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch den Franzosen des Mutterlandes gleichzustellen.

Auch der interne Kampf der Partei um die Stellungnahme zum neuen Wahlgesetz wurde zugunsten von Mendès-France und gegen Ministerpräsident Faure entschieden. Die Delegierten sprachen sich mit Mehrheit für eine bezirksweise Wahl der Abgeordneten und gegen den von der Regierung verabschiedeten Wahlgesetzentwurf aus.

Ein Mord ohne Mörder

Oder: Sittenbild einer „Haus- und Hofgemeinschaft“ — Justiz deckt Funktionär

Vor genau einem Jahr stellte sich die 22jährige Hilfsschwester im Regierungskrankenhaus Buch, Sonja Hoffmann, der Volkspolizei und gab an, ihre Mutter Erna am 3. Oktober 1951 mit einem Beil erschlagen und seither im Bettkasten einer Couch versteckt zu haben. Die Mordkommission bestätigte den entscheidlichen Fund: Drei Jahre lang hatte in der Karlshorster Cäsarstraße 17a eine Leiche versteckt werden können, ohne daß sich jemand um das Verschwinden der Toten kümmerte. Der sofort verhaftete Ehemann und Stiefvater der Mörderin, Helmut Hoffmann, gab des Rätsels Lösung: Niemand hatte es gewagt, gegen ihn, den gefürchteten SED-Funktionär und Oberreferenten im Finanzministerium, etwas zu unternehmen!

In diesen Tagen rollte nun — unter Ausschuß der Öffentlichkeit — dieser Prozeß vor den erstaunten Richtern ab. Und obwohl mehr als die Hälfte der ursprünglich geladenen Zeugen plötzlich aus den mannigfaltigsten Gründen verhindert waren, enthüllte sich dem Gericht das einmalige Bild einer Ostberliner „Hausgemeinschaft“.

Folgendes war geschehen: 1949 bekam der aus der Zone zum Ostberliner Ministerium versetzte Hoffmann mit Vorzug die Wohnung Cäsarstraße 17a. Bald kamen die ersten Beschwerden der Nachbarn: Bei Hoffmanns wurde geprügelt, mit Blumenvasen geworfen, und die Frau drückte sich nächstens mit zweifelhaften Figuren im Hausflur herum. Hoffmann schlug zurück: Er „entlarvte“ zwei RIAS-Hörer und „Westeinkäufer“. Welch Zufall, daß es die Beschwerdeführer waren.

„Mensch, sei still!“

Fortan klagte niemand mehr über Hoffmann. Der hielt seine Mitbewohner durch geeignete Hinweise auf die Bedeutung eines Staatsfunktionärs in Schach. Im Oktober 1951 verschwand dann die Frau. „Zu Verwandten verreis!“ sagte Hoffmann. Und später: „Nach dem Westen getürmt! War sowieso nicht viel wert!“

Die Mieter aber munkelten: „Der hat sie totgeschlagen!“ Sie habe die Couch in das halbe Zimmer gerückt und den ganzen Raum mit Desinfektionsmitteln eingedeckt, sagte jetzt die Stieftochter Hoffmanns. Trotzdem erkrankten drei Nachbarkinder an Vergiftungserscheinungen. „Leichengift!“ stellten die Ärzte verwundert fest. „Ha-

ben die Kleinen vielleicht in alten Ruinen gespielt?“

Das alles wurde in der Hausgemeinschaft diskutiert: „Er hat sie in seiner Wohnung versteckt!“ Aber keiner wagte — und das ist das eigentlich Politische an diesem Fall — es laut auszusprechen!

Auf einer Hausversammlung im Sommer 1952 hielt Hoffmann das politische Referat, als ihn ein Nachbar fragte: „Wie geht es eigentlich Ihrer Frau?“ Hoffmann sprang auf den Mann zu, würgte ihn am Hals und schrie: „Willst du Hund mich provozieren?“ 1954 wurde die „Haus- und Hofgemeinschaft der Nationalen Front“ in diesem Haus gegründet. Als der Bezirksinstrukteur fragte: „Ist bei euch irgend etwas unklar?“ sagte keiner ein Wort!

„Ich gehe zur Polizei!“

Die Katastrophe kam am 2. Oktober vergangenen Jahres, als der Hausvertrauensmann dem Hoffmann sagte: „Ab nächsten Monat hört der Schwindel mit den Lebensmittelkarten auf, die Sie noch immer für ihre Frau empfangen!“ Und als Hoffmann drohte, ergänzte er: „Ich kann Ihnen ja mal die Wohnungskommission auf den Hals schicken, wegen Unterbelegung von Wohnraum!“

Hoffmann wußte: der würde es tun. Denn der Hausvertrauensmann war auch SED-Funktionär und hatte Rückhalt bei der Parteileitung. Noch in der Nacht versuchte er, mit Sonja die Leiche aus der Wohnung zu schaffen, schreckte aber vor der technischen Unmöglichkeit zurück. Am nächsten Morgen ging Sonja zur Polizei. Und sie, die seit ihrem 12. Lebensjahr in blutschänderischen Beziehungen zu Hoffmann stand, deckte den

Stiefvater, indem sie erklärte: „Er hat von nichts gewußt!“

In der Haft wiederrief sie diese Aussage und jetzt vor Gericht deckte sie Hoffmann wieder. Drei Jahre lang soll ein Mann mit einer Leiche in einer Wohnung gelebt haben, als ringsum die Kinder erkrankten, und will von nichts gewußt haben?! Die Zeugen erschienen wieder nicht — aus Angst. Es war eine echte „Haus- und Hofgemeinschaft“ in der Cäsarstraße 17a!

Das Urteil: 12 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung des § 51 für Sonja. 6 Jahre für Hoffmann, wegen — Mißbrauchs einer Minderjährigen und Fragebogenfälschung! Er habe versucht, sagte das Gericht, unter Verschweigung einer NSDAP-Mitgliedschaft in der „Partei der Arbeiterklasse“ zu avancieren. Im Ministerium wußte sogar die Reinemachefrau, daß Hoffmann alter PG war, und er selbst pflegte sich als „Bekehrter“ zu bezeichnen. Die SED hat ihn nun deswegen angeklagt. Wegen des Mordes, zu dem er zumindest der Anstifter und intellektuelle Urheber war, wird Hoffmann nicht belangt. Obwohl hier mehr als nur die Mörder vor Gericht gestanden haben...

Letzte Meldung:

Keine Einwände gegen Sorin

Bonn (DPA). Die Bundesregierung wird in der Frage des Agreements für den stellvertretenden sowjetischen Außenminister Sorin zum Botschafter in Bonn keine Schwierigkeiten machen. Dies verlautete von zuständiger Seite in Bonn zu dem Gedankenaustausch, den der deutsche Botschafter in Paris, Dr. von Maltzan, bei einem festlichen Empfang der Pariser Sowjetbotschaft mit Botschafter Winogradow hatte. Bei diesem Gedankenaustausch sei auch darauf hingewiesen worden, daß es in beiderseitigem Interesse liege, wenn unverzüglich die in Moskau vereinbarten Besprechungen über die technischen Fragen in Gang kommen würden.

Teures Lotto-Glück

Gewinner sind die „fortschrittlichen Menschen“

Wie teuer das Glück im „Bären-Lotto“ werden kann, davon wird künftig der Möbeltischler Wilhelm K. aus Rostock seinen Zuhörern berichten. K. spielte in einer Tippgemeinschaft und gewann im letzten Monat zu seiner großen Freude etwas mehr als 12 000 Mark. Es war das Geld, das ihn vor der „Handwerkerproduktionsgenossenschaft“ zu retten vermochte. Im Geiste sah er schon die neue Werkstatt, die neue Bandsäge und die dummen Gesichter der Funktionäre, die ihn laufend bedrängten: „Nu gehen Sie doch schon in die Kollektive, ehe Sie pleite sind...!“

Nun ist es keinesfalls so, daß man einem Lotto-Gewinner in der Zone sein Geld vorenthält. Man bedrängt ihn zwar, es auf ein möglichst langfristiges Sparkonto zu schieben, aber zahlt andernfalls auch — wenn schon mit Unlust — die Tausender bar auf den Tisch, Wilhelm K. war für Bargeld, er traute dem Frieden nicht. Mit der Aktentasche voll ging er nach Hause. Das heißt — wollte er nach Hause gehen...

Spenden über Spenden

„Wie wär's denn mit 'ner kleinen Spende fürs Nationale Aufbauwerk?“ flötete man bei der Auszahlung. K. schaltete schnell und gab dann — wenn auch etwas widerstrebend — 300 Mark. Gerade als er gehen wollte, kam ein Reporter von der „Ostseezeitung“: „Kleiner Bericht über glücklichen Gewinner? Natürlich nur wenn Sie wollen, is ja Spielgeheimnis!“ Trotzdem war die Geschichte schon halb geschrieben. Am Nachmittag kam der Reporter noch einmal zu K.: „Wie wär's denn, wenn wir reinschreiben würden: Spendete so und so viel für den Korea-Hilfsfonds? Das machen sie alle!“ Kostenpunkt für K.: 250 Mark.

Andern Tags stand Herr K. in der Zeitung. Mit Bild und als „fortschrittlicher Mensch“. Sowohl die Korea- als auch die Aufbauspense waren mit voller Summe erwähnt. Und dann ging es los: Der Sohn vom Hausvertrauensmann holte Geld für die Errichtung eines FDJ-Kulturraumes. In der Schule hielten sie des Möbeltischlers Jüngsten an: „Frag doch mal Vatern wegen unseres neuen Physikaales, den wir in freiwilliger Selbstverpflichtung bauen!“ Die „Volks-

solidarität“ bescherte von K.s Lotto-Geld „fünf alte Rentner“, die K. niemals zu Gesicht bekommen hat. Drei Spendenpakete gingen auf seine Kosten an „unterstützungsbedürftige Friedensfreunde“ in der Bundesrepublik.

Um es kurz zu machen: Herr K. hat es jetzt summiert — und

Furcht vor freien Wahlen

Die SED will nicht

Berlin (Eigenmeldung). Gegen freie Wahlen unter den gegenwärtigen Bedingungen als Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands hat sich die SED ausgesprochen.

Es wurde eine vom Zentralkomitee der SED gefaßte Entscheidung veröffentlicht, in der es heißt, die Bonner Regierung habe durch die Eingliederung in die NATO und, die „Wiedererrichtung des Militarismus“ fertige Tatsachen geschaffen, um mit Hilfe von Wahlen das deutsche Volk zu versklaven und einen neuen Krieg vorzubereiten.

Für eine wiedervereinigte Deutschland kündigte die SED eine Säuberung des Staatsapparates und eine Bodenreform an. In der Entscheidung wurde weiter die Notwendigkeit einer Erhöhung der Arbeitsnormen in der Zone unterstrichen.

*

DT. Freie Wahlen wollen die Machthaber der Zone nicht! Das heißt, sie sagen: „Die Regierung der DDR war und bleibt ein Verfechter von wirklich freien gesamtdeutschen Wahlen.“ Aber das sind Wahlen, von ganz besonderer freier Art, die hier gemeint sind: einfache

keiner seiner Freunde zweifelt daran. Der Spendenrummel hat von dem Gewinn ganze 6000 Mark übrig gelassen! „Ich konnte mich einfach nicht dagegen wehren!“ wimmelte er hilflos die Vorwürfe der Verwandtschaft ab. „Die haben mich ja bald gelyncht! Wo mich doch die Zeitung schon als fortschrittlichen Menschen bezeichnet hat...!“

Die Geschichte ist wahr, so tragikomisch sie anmuten mag. Wer einmal im Ost-Lotto gewonnen hat, wird das bestätigen. Denn — im Vertrauen gesagt — trotz des Spielgeheimnisses verständigen die Lottostellen grundsätzlich das nächste Redaktionsbüro. Aus Gründen jener neuartigen Lotteriesteuer, deren Opfer Herr K. geworden ist.

freie Wahlen fürchten sie, die sind nämlich gefährlich. Die Regierung der DDR erklärt deshalb, es sei eine unleugbare geschichtliche Wahrheit, daß mit freien Wahlen die antidemokratischen und militaristischen Kreise in Deutschland oft ihre Pläne verwirklicht hätten. Das habe sich, wie völlig falsch argumentiert wird, von Papen und Hindenburg bis zu Hitler gezeigt.

In Wirklichkeit waren freie Wahlen das erste, was Hitler beseitigte. Er ersetzte sie durch die nationalsozialistische Einheitsliste, die nicht die einzige Verwandtschaft zwischen der nationalsozialistischen und der kommunistischen Diktatur ist. Beide jedenfalls haben das „Wählen“ — das heißt die Entscheidungsfreiheit und die Entscheidungsmöglichkeit des Staatsbürgers zwischen mehreren Parteien — einfach beseitigt. Freie Wahlen, im Respekt vor der Verfassung durchgeführt, hätten uns nämlich von Hitler ebenso befreit, wie sie heute die Zone von der kommunistischen Diktatur befreien würden. Es bedurfte nicht eines so großen Papieraufwandes im „Neuen Deutschland“, um die Furcht Pankows vor jeder freien Entscheidung des deutschen Volkes einzugestehen.



Er kann nun mal das Jodeln nicht mehr lassen ...!



Des Botschafters Botschaft!

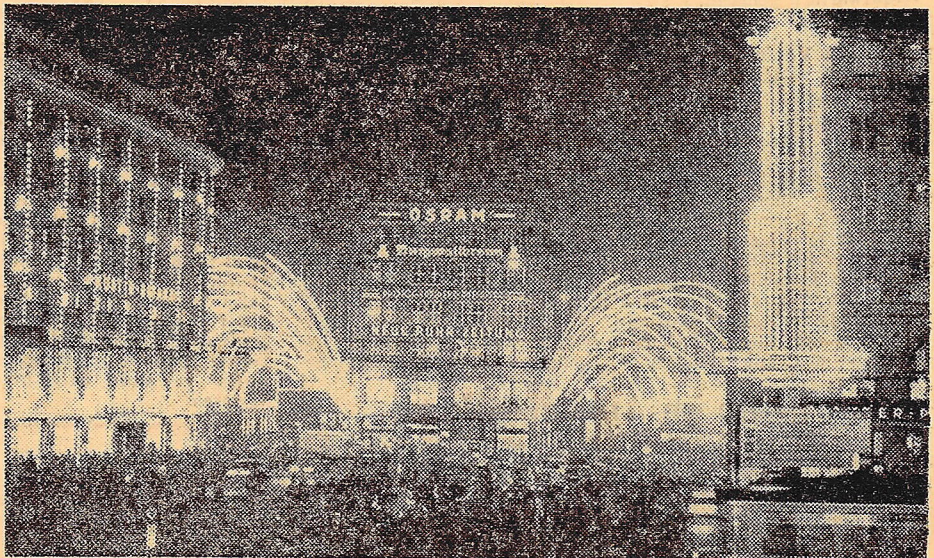


BILD DER WOCHE: Lichtwochen in Essen

Jugendweihe wird zur Kraftprobe

Wie es in den Sowjetzonen-Schulen aussieht

Berlin (Eigenbericht). Die Auseinandersetzung um die Jugendweihe hat in den Bezirken und Kreisen der Sowjetzone immer mehr die Form einer Kraftprobe zwischen der Pankower Regierung und der Bevölkerung angenommen. Viele Lehrer sehen sich gegenwärtig aus Gewissensnöten gezwungen, nach dem Westen zu flüchten.

So wird uns aus einem Ort im Bezirk Rostock berichtet, daß die staatlichen Massenorganisationen wie Kulturbund, FDGB, FDJ und Frauenbund, aber auch die Kreisämter, in zunehmendem Maße in die Auseinandersetzung eingeschaltet werden. Den Lehrern wurde in diesen Tagen Anweisung gegeben, dafür zu sorgen, daß der Prozentsatz derjenigen Schüler, die sich an der Jugendweihe beteiligen, wesentlich größer wird als im vergangenen Jahr. Im Jahre 1955 betrug die Teilnahme 2,1 Prozent. In den Lehrerversammlungen fordert der Schulleiter die Lehrer auf, mindestens 50 Prozent ihrer Schüler zur Jugendweihe vorzumerken. Für die Erreichung dieses Prozentsatzes werden die Lehrer persönlich verantwortlich gemacht.

Verstoß gegen die Verfassung

In einem Falle bemerkte ein Lehrer, daß eine derartige Anweisung gegen die Verfassung verstoße. Er verlangte, ihm mitzuteilen, wo diese Anordnungen schriftlich festgelegt seien. Darauf wurde ihm geantwortet, schriftliche Formulierungen lägen nicht vor. Dagegen habe die Regierung der DDR beziehungsweise das Volksbildungsministerium den Bezirken eine entsprechende mündliche Anweisung gegeben, die von den Bezirken — ebenfalls mündlich —

an die Kreise weitergeleitet wurde.

Seit der Rede, die der SED-Ideologe Fred Oelsner vor Lehrern in Halle hielt, ist, wie uns weiter berichtet wird, in der Frage der Jugendweihe eine neue Situation entstanden. Oelsner vertrat den Standpunkt, es sei Aufgabe sämtlicher Lehrer, dafür zu sorgen, daß möglichst alle Schüler sich an der Jugendweihe beteiligen. Das bedeutet, daß nicht nur in der Schule, sondern auch in den Elternversammlungen die Lehrer praktisch verpflichtet wurden, die offizielle Sowjetzonen-These zu vertreten, die Jugendweihe sei mit dem christlichen Gewissen „durchaus vereinbar“.

Schwere Gewissensentscheidung

Die Lehrer in den Grundschulen unterliegen den daraus entstehenden Gewissensnöten eher als die Kollegen in den Oberschulen, da die Konfirmanden zum großen Teil die achte Klasse der Grundschule besuchen. Besonders in diesem Schuljahr stehen die Lehrer vor der Gewissensentscheidung, ob sie den Anweisungen der evangelischen Synode oder den Aufforderungen Oelsners Folge leisten sollen. Obwohl in Einzelfällen Rücksicht auf die örtlichen Gegebenheiten genommen werden muß, scheint es aber doch relativ sicher zu sein, daß der Aufruf der evangelischen Synode an die Lehrerschaft in der Sowjetzone in vielen Fällen mehr Erfolg haben wird.

Im allgemeinen wird die Lage so beurteilt, daß im Jahre 1956 wahrscheinlich mit einem etwas höheren Prozentsatz der Beteiligung an der Jugendweihe ge-

rechnet werden muß. In verschiedenen Orten der Zone glaubt die Kirche aber, der Anteil werde nicht höher als bei sechs Prozent liegen.

Die in den Schulen als Propagandahefte mit dem Titel „Jugendweihe — Zur Aufklärung“ verbreiteten Schriften, vom Zentralen Ausschuß der Jugendweihe herausgegeben, berufen sich auf vier Pfarrer. Von der Kirche wird mitgeteilt, daß die Genannten nicht der evangelischen Kirche als Pfarrer angehören.

Flucht über die Ostsee

Stockholm (AP/DPA). Nach einer 32stündigen gefährlichen Motorbootfahrt über die stürmische Ostsee sind auf Gotland drei Flüchtlinge eingetroffen und baten die schwedischen Behörden um Asyl. Die Flüchtlinge, ein 45jähriger Handwerker mit Frau und Schwiegermutter, hatten 18 Jahre lang in den USA gelebt, waren 1943 auf sowjetische Versprechungen hin in ihre Heimat Estland zurückgekehrt, mußten dann aber mehrere Jahre in einem Arbeitslager verbringen. Die Flucht hatten sie sorgfältig vorbereitet. Als Seekarte diente ihnen ein alter Schulatlas.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.
Telefon: 66 54 31.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.